

II-2584 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XI. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT

Zl.4.095 -Parl.69

Wien, am 2. Mai 1969

1176 /A.B.
zu 1140 /J.Präs. am ~~11.4.~~ 1969

An die

Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage

Nr. 1140-J/NR/69, die die Abgeordneten Melter und Genossen am 5. März 1969 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) Durch die Einstellung weiterer Lehrer, vor allem nach den Prüfungsterminen im Februar/März/April 1969, hat sich eine Verbesserung in der Versorgung der allgemeinbildenden höheren Schulen mit Lehrern ergeben. Die Auswirkungen der Neueinstellungen werden derzeit untersucht; es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß der gänzliche Entfall von Unterrichtsgegenständen auf längere Dauer im wesentlichen vermieden werden kann.

ad 2) An den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden höheren Schulen (einschließlich der Sonderformen, also: Musisch-pädagogisches Realgymnasium, Aufbaugymnasium und Aufbaurealgymnasium, Gymnasium und Realgymnasium für Berufstätige) konnten gegenüber der Stundenfestsetzung gem. Verordnung BGBl.Nr. 320/68 778 Wochenstunden nicht gehalten werden; dazu kommen 67 sogenannte Ermessenskürzungen gemäß § 2 Abs. 1 der genannten Verordnung.

ad 3) Das relativ größte Ausmaß des Stundenentfalles ist in den Gegenständen Leibesübungen, Musikerziehung, Handarbeit und Werkerziehung u. Bildnerische Erziehung festzustellen.

ad 4) Die Kürzungen der Wochenstundenzahlen in den genannten Unterrichtsgegenständen (also vor allem

Leibesübungen, Musikerziehung, Handarbeit und Werkerziehung, Bildnerische Erziehung) sind zurückzuführen auf: Mangel an Lehrern für diese Fächer (es sind auch nicht immer Sondervertragslehrer für diese Fächer zu finden), Mangel an Übungseinrichtungen (vor allem bei Leibesübungen), Benützung der Unterrichtsräume dieser Fächer (Sonderunterrichtsräume für Bildnerische Erziehung, Handarbeit und Werkerziehung, Musikerziehung) für den normalen Klassenunterricht infolge des starken Zustromes von Schülern zu den allgemeinbildenden höheren Schulen.

ad 5) An den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden höheren Schulen (wiederum einschließlich der bereits angeführten Sonderformen) werden im Schuljahr 1968/69 insgesamt 14.213 Wochenstunden (das sind 10,6 % aller Wochenstunden) durch anders qualifizierte Lehrpersonen unterrichtet. Im einzelnen sind dies: 2417 Wochenstunden (1,8% aller Wochenstunden) die durch Lehrer unterrichtet werden, die zwar für die Schulart geprüft sind (also Professoren allgemeinbildender höherer Schulen sind), aber keine Lehramtsprüfung für den Gegenstand haben, den sie zusätzlich unterrichten (Beispiel: ein Lehrer mit der Fachgruppe Mathematik und Physik als Hauptfächer unterrichtet zusätzlich Chemie in der Unterstufe); 4.872 Wochenstunden (3,6% aller Wochenstunden) werden durch teilgeprüfte Lehrer (künftige Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen, also Lehramtskandidaten, die bereits im Prüfungsstadium sind) unterrichtet; 2.133 Wochenstunden (1,6% aller Wochenstunden) werden durch Studenten (Studenten für das Lehramt an höheren Schulen, aber noch vor dem Prüfungsstadium unterrichtet; 1.863 Wochenstunden (1,4% aller Wochenstunden) werden durch Lehrer mit Lehramtsprüfungen für Haupt-, Sonder-, oder Berufsschulen unterrichtet; 435 Wochenstunden (0,3% aller Wochenstunden) werden durch Volksschullehrer unterrichtet; 2.493 Wochenstunden (1,9% aller Wochenstunden) werden durch Lehrpersonen mit anderen Qualifikationen unterrichtet.

ad 6) An den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden höheren Schulen (wiederum einschließlich der Sonderformen) wird im Schuljahr 1968/69 in insgesamt 609

- 2 -

Klassen (das sind 15,3% aller Klassen) die Klassenschülerhöchstzahl (§ 43 SchOG) überschritten.

ad 7) Eine Angabe, bis wann der den geltenden Bestimmungen entsprechende Zustand hinsichtlich der Klassenschülerhöchstzahl hergestellt sein wird, ist nicht möglich, zumal die Beantwortung dieser Frage von der ferneren Entwicklung der Schülerzahlen und anderen Faktoren abhängt.

ad 8) Das Ausmaß der dauernden Mehrdienstleistungen der Bundeslehrer an den allgemeinbildenden höheren Schulen beträgt durchschnittlich 2,67 Wochenstunden (Oktober 1968 als Stichdatum genommen) gegenüber einer durchschnittlichen Lehrverpflichtung von 18 - 24 Wochenstunden.

ad 9) Eine fühlbare Minderung der Unterrichtsqualität wäre nur dann anzunehmen, wenn die Mehrdienstleistungen ein vertretbares Ausmaß überschreiten. Bei einem Fremdsprachenlehrer zum Beispiel, dessen normale Lehrverpflichtung 18 Wochenstunden beträgt und der 5 Stunden Mehrdienstleistungen erbringt, also insgesamt 23 Wochenstunden unterrichtet, ist eine Minderung der Qualität seines Unterrichtes nicht anzunehmen.

ad 10) Diese Feststellung stützt sich auf die Berichte der Schulaufsichtsbeamten sowie auch auf Berichte von Lehrervertretern, die vom Bundesministerium für Unterricht fallweise zu gemeinsamen Besprechungen eingeladen werden.

